

Niederschrift über die 44. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal am 20.07.2015 im Bürgerhaus Assenheim

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 23:05 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend

Rolf Lamade, Vorsitzender

Andreas Momberger

Wernfried Fürtig

Heinz Kimmel

Elke Steppan

Stefan Koschorr

Christian Osmalz

Dr. Dirk Schneider

Christof Preiser

Dennis Tobias Brechtel

Markus Nikleniewicz

Dieter Eisenberg

Barbara Feige

Heidrun Raff

Hans-Joachim Mücke

Reinhard Schwarz

Oliver Herbert

Michael Hahn

Sven Schäfer

Thorsten Hahn

Stephanie Michel

Silke Merz

Florian Porth

Petra Kremer

Entschuldigt fehlten:

Gerhard Einhoff

Hans-Peter Wittmann

Lutz Sierach

Erland Kalbhenn

Achim Saßmannshausen

Oliver Seuss

Roland Gosebruch

Vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel Bürgermeister

Kurt Meisinger

Herbert Porth

Ursula Einhoff

Erhard Reiter

Renate Fritz-Mann

Arno Menk

Monika Sistenich, Behindertenbeauftragte der Stadt Niddatal

Schriftführer:

Volker Herrmann

Tagesordnung

- TOP 1: Mitteilungen
- TOP 2: Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts 2015
Beschlussfassung
- TOP 3: Widerspruch des Bürgermeisters gegen einen Beschluss der STVV vom 22.06.2015
Beratung und Beschlussfassung (Vorlage Nr. 40/2015 und Bericht aus dem Haupt- und Finanzausschuss)
- TOP 4: Flüchtlinge; Beratung und Beschlussfassungen
a) Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen
b) Vertrag mit dem Wetteraukreis (Bericht aus dem Haupt- und Finanz- und Bauausschuss)
- TOP 5: Breitbandversorgung in Niddatal
Beratung und Beschlussfassung (Bericht aus dem Haupt- und Finanzausschuss)
- TOP 6: Bebauungsplan B 5 "Westlich der Ortslage", Niddatal, Stadtteil Bönstadt, 3. Änderung:
a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Beschlussfassung hierzu
b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB (Vorlage-Nr.: 41/2015 und Bericht aus dem Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen)
- TOP 7: Gewerbegebiet I 9 "Am Schinderweg", 1. Erweiterung, Stadtteil Ilbenstadt: Verkauf von Baugrundstücken (Vorlage-Nr.: 42/2015)
- TOP 8: Antrag der Fraktion Bündinis 90/Die Grünen
Feldwegesatzung für Niddatal

(Vorlage-Nr.: 43/2015)

- TOP 9: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Neue Brücken in Assenheim –
Anbringung eines Sperrvermerkes
(Vorlage-Nr.: 44/2015)
- TOP 10: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Planung für Behindertengerechten
Neubau einer Bushaltestelle in Bönstadt
(Vorlage-Nr.: 45/2015)
- TOP 11: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kinderbetreuungsplätze in Ilbenstadt
(Vorlage-Nr.: 46/2015)
- TOP 12: Anfrage der SPD-Fraktion;
Bebauung des Mühlweges
(Anfrage-Nr.: 07/2015)
- TOP 13: Anfrage der SPD-Fraktion;
Stand Vorentwurfsplanung
Dorfgemeinschaftshaus
(Anfrage-Nr.: 08/2015)
- TOP 14: Anfrage der SPD-Fraktion;
Parallelhaushalt
(Anfrage-Nr.: 09/2015)
- TOP 15: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Beeinträchtigung von Gräben
(Anfrage-Nr.: 10/2015)
- TOP 16: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Drainagen in der Feldgemarkung
(Anfrage-Nr.: 11/2015)
- TOP 17: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Geburten im Mai
(Anfrage-Nr.: 12/2015)

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Rolf Lamade eröffnet die Sitzung und stellt die fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Als neues Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung begrüßt er Frau Heidrun Raff die für den ausgeschiedenen Karl Stier für die FWG nachgerückt ist. Außerdem beglückwünscht er im Namen der Stadtverordnetenversammlung Frau Stephanie Michel zu ihrer Hochzeit und wünscht ihr alles Gute für den gemeinsamen Lebensweg.

Gegen die Niederschrift der 43. Sitzung dieser Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.2015 sind keine Einwände vorgetragen worden. Die Niederschrift gilt somit als beschlossen.

Gegen die Tagesordnung der heutigen Sitzung erhebt sich kein Widerspruch. Die Tagesordnung ist somit so festgestellt.

TOP 1: Mitteilungen des Magistrates

Fernwärmeversorgung Ilbenstadt

Die Stadtwerke Gießen sind nach einem Meinungsaustausch zwischen Vertretern der Stadtwerke, Herrn Dr. Roth, dem neuen Betriebsleiter des Abfallwirtschaftsbetriebes und uns, nunmehr offiziell an uns herangetreten und bieten uns die Wärmeversorgung unseres Stadtteils Ilbenstadt an.

Genutzt werden soll dazu die Wärme aus dem Stromerzeugungsprozess der Biogasanlage. In einer ersten Vorstudie wurde festgestellt, dass einer technischen Realisierung nichts im Wege steht.

Nachdem wir unsere Zuarbeit zugesichert haben, werden die Stadtwerke Gießen bis Ende des ersten Quartals 2016 die Machbarkeit im Detail prüfen und in Kooperation mit dem Humus und Erdenwerk ein Gesamtversorgungskonzept erstellen. Das Konzept wird anschließend unseren Gremien vorgestellt.

Offene Jugendarbeit

Am heutigen Tag fand eine Besichtigung des Wohntraktes des alten Bahnhofgebäudes statt. Nunmehr soll geprüft werden, ob sich das Gebäude als Jugendzentrum herrichten lässt. Falls dies nicht möglich ist, könnte es eventuell auch als Unterkunft für Flüchtlinge genutzt werden.

Bürgermeister Dr. Hertel verliest ein Schreiben des Dekanats Wetterau, das vor einigen Tagen eingegangen ist mit folgendem Inhalt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Hertel, gegenwärtig arbeiten wir im Bereich der Offenen Jugendarbeit in einem „vertragsfreien Raum“. Nach der Kündigung des Vertrages durch die Stadt Niddatal haben wir vereinbarungsgemäß eine Neukonzeption erarbeitet und vorgelegt. Diese wurde m.W. mit großer Mehrheit angenommen. Doch seit der Haupt- und Finanzausschusssitzung im März haben wir keine Information mehr bekommen. In Anlehnung an die neue Konzeption arbeitet seit dem 1.1.2015 Herr Edwin Pfuhl mit voller Stelle in der Offenen Jugendarbeit

weiter — auch um die bisherige Arbeit bis zur vollständigen Umsetzung der neuen Konzeption („zwei Säulen - ein Standort“) aufrechtzuerhalten. Gegenwärtig sieht es jedoch so aus, als könnte diese Konzeption trotz bester Absichten und Beschlüsse nicht umgesetzt werden.

Wir arbeiten mit reduzierter Kraft an drei Standorten — ohne die Schule berücksichtigen zu können.

Als Dekanat haben wir betont, dass wir dies nicht für zielführend und auch nicht für pädagogisch sinnvoll erachten.

Wir möchten daher zum 31.7.2015 Herrn Edwin Pfuhl ganz aus Niddatal abziehen.

Wir können uns vorstellen, dass wir zu einem anderen Zeitpunkt unsere Zusammenarbeit wieder aufnehmen können. Denn wir sind noch immer inhaltlich von dem erarbeiteten Konzept für eine Offene Jugendarbeit in Niddatal überzeugt.

Im Dekanat Wetterau erarbeiten wir jedoch gegenwärtig ein grundlegendes, neues gemeindepädagogisches Gesamtkonzept.

Aufgrund von Personal- und Finanzplanungen ist es nun für uns aber notwendig, diesen Schnitt zu tun. Wir haben vereinbart, dass Herr Pfuhl einen ordentlichen Abschluss der Arbeit vornimmt und sich auch bei den zum Teil langjährigen Honorarkräften bedankt. Ich denke, dass wir den jungen Leuten nach zum Teil mehrjähriger Mitarbeit schuldig sind und dass dies auch in Ihrem Sinne ist. Unsere Finanzabteilung wird eine Kostenaufstellung für die ersten Monate dieses Jahres erstellen, die wir Ihnen im Spätsommer zustellen.

Wir haben eine Aufstellung des Inventars vorgenommen und würden die Clubs (bedingt durch die Ferienzeit) in der ersten Septemberwoche räumen. Darüber müssten wir uns aber noch einmal in einem persönlichen Gespräch verständigen.

Ich bedaure diesen Schritt persönlich ganz außerordentlich und hoffe sehr auf Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen

Volkhard Guth, Dekan“

TOP 2: Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts 2015
Beschlussfassung

Da heute keine Berichterstattung aus dem Haupt- und Finanzausschuss erfolgen kann teilt der Stadtverordnetenvorsteher das Abstimmungsergebnis aus dem HuF mit. Hiernach gab es bei 5 Zustimmungen und 2 Enthaltungen eine Beschlussempfehlung aus dem Fachausschuss.

Stadtverordneter Michael Hahn richtet drei Fragen an den Bürgermeister als Kämmerer.

„Trifft es zu, dass nach § 97 HGO die Haushaltssatzung mindestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und der Kommunalaufsicht vorgelegt werden soll? Dazu gehört ja meiner Meinung nach auch das Haushaltssicherungskonzept.“

Bürgermeister Dr. Hertel: „Das ist zutreffend. So ist es in der HGO vorgesehen.“

Stv Hahn: „Trifft es zu, dass gegen dieses gesetzliche Gebot die Stadt Niddatal seit vielen Jahren verstoßen hat, nachdem der Magistrat den Haushalts-

entwurf erst deutlich nach Beginn des Haushaltsjahres in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht hat?

Bürgermeister Dr. Hertel: „Auch das trifft zu.“

Stv Hahn: „Trifft es zu, dass die, auch mit Stimmen der SPD, am 26.2.2015 erfolgte Beauftragung des Magistrates, die Haushaltsentwürfe 2015 und 2016 parallel einzubringen, es ermöglicht, diesen gesetzeswidrigen Zustand zu beenden und eine rechtzeitige Beschlussfassung über den Haushalt 2016 noch im Jahre 2015 zu ermöglichen?“

Bürgermeister Dr. Hertel: „Das trifft auch zu!“

Zum Haushaltssicherungskonzept stellt Herr Hahn als Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion klar, dass sie zu diesem Konzept steht und dafür stimmen wird um nach dem aufgezeigten Konsolidierungspfad als Stadt wieder selbständig handeln zu können.

Der Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/ Die Grünen, Stadtverordneter Dieter Eisenberg, kündigt an, dass die Grünen diesem Haushaltssicherungskonzept nicht zustimmen können, vor alles wegen den hohen und in Zukunft noch weiter steigenden Gebühren für die Kinderbetreuung.

Stadtverordnetenvorsteher Rolf Lamade lässt über das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept 2015 abstimmen:

Für das Haushaltssicherungskonzept:	18
Gegen das Haushaltssicherungskonzept:	5
Enthaltung:	1

Somit ist das Haushaltssicherungskonzept 2015 so beschlossen.

TOP 3: Widerspruch des Bürgermeisters gegen einen Beschluss der STVV vom 22.06.2015
 Beratung und Beschlussfassung
 (Vorlage Nr. 40/2015 und Bericht aus dem Haupt- und Finanzausschuss)

Bürgermeister Dr. Hertel geht in seiner Widerspruchsbeurteilung noch einmal ausführlich auf die einzelnen Punkte ein.

Mit Blick auf die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sieht der Bürgermeister bei näherer Betrachtung nicht in allen aufgeführten Punkt das Gemeinwohl Niddatals gefährdet. Hier könnte er sich eine Verschiebung der Diskussion auf den Haushalt und den Stellenplan 2016 vorstellen.

Aber es gibt Bereiche, z.B. die Finanzverwaltung, die Bücherei, die Flüchtlingsbetreuung sowie den Bauhof, da ist das Gemeinwohl aus seiner Sicht durchaus gefährdet.

In der Finanzverwaltung wird die Kassenleiterin im Herbst dieses Jahres in Elternzeit gehen. Diese Stelle ist befristet zu besetzen. Im Rahmen der Bewerbungsgespräche für die Kassenleitung ist deutlich geworden, dass die Stelle zu niedrig dotiert ist. Bei vergleichbaren Kommunen werden diese Leitungsstellen nach EG 9 bis EG 10 vergütet. Um hier nachhaltig qualifiziertes Personal zu bekommen ist es erforderlich, die Stelle nach EG 9 einzustellen und die

Personalkosten entsprechend im Ergebnishaushalt zur Verfügung zu stellen. Auch empfiehlt es sich, die Stelle zwei Monate vor Ausscheiden der Kassenleiterin zu besetzen damit ein Mindestmaß an Einarbeitung gewährleistet ist. In einem langen und schwierigen Prozess sind Vorgehen, Meilensteine und Ziele definiert worden, die Stadtverordnetenversammlung hat um diese Ziele zu erreichen erhebliche Haushaltsmittel dafür bereitgestellt. Darin sehe ich eine massive Gefährdung des Gemeinwohls.

Kommen wir in diesem Bereich nicht weiter ist die Zielerreichung gefährdet und läuft deutlich aus dem Zeitplan. Allein die bereitgestellten Mittel zur Unterstützung bei den Jahresabschlüssen reichen nicht aus. Dahinter steht stets ausreichend qualifiziertes und engagiertes Personal.

Die Büchereileiterin scheidet bekanntlich zum 30.09.2015 aus. Der Magistrat hat die Neueinstellung eines Nachfolgers für 32 Wochenstunden beschlossen vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ab 1.9.2015. Hier wären Personalkosten für einen Monat Doppelbesetzung einzustellen. Auch hier ist eine Doppelbesetzung unbedingt erforderlich um einen halbwegs reibungslosen Übergang zu realisieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Flüchtlingsbetreuung. Hier ist eine Mitarbeiterin seit etwa Anfang des Jahres mit diesem Arbeitsschwerpunkt betraut weil wir festgestellt haben, dass die Betreuung vom Kreis nicht ausreichend ist und die Aufgaben die Freiwilligen der Flüchtlingshilfe bei allem Respekt vor der hervorragenden ehrenamtlichen Arbeit nicht vollumfänglich wahrgenommen werden kann. Die 20 Wochenstunden der Mitarbeiterin reichen allerdings nicht aus, hier ist eine Stundenaufstockung um 5 Wochenstunden dringend erforderlich.

Kommen wir zum Bauhof. In diesem Jahr scheiden zwei Mitarbeiter des Bauhofes aus dem aktiven Dienst aus.

Würde die halbjährige Stellenbesetzungssperre angewendet werden hieße dies, dass rechnerisch auf die Dauer eines Jahres der Bauhof mit einem Mitarbeiter weniger auskommen muss. Dies ist auf Dauer nicht durchführbar, denn im gleichen Maße lässt sich das Arbeitsaufkommen nicht reduzieren. Diese permanente Unterbesetzung wirkt sich negativ auf die anderen Mitarbeiter aus. Der Bürgermeister weist in diesem Zusammenhang auch auf den derzeitigen Krankenstand der Bauhofmitarbeiter hin.

Es wird von Seiten des Bürgermeisters ein Kompromissvorschlag gemacht, die Stellenbesetzungssperre für wenigstens einen Mitarbeiter aufzuheben, damit die Personalstärke nicht weiter geschwächt wird um die Aufgaben des Bauhofes im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Niddatals in einer angemessenen Zeit zu leisten.

Bürgermeister Dr. Hertel bittet um Einzelabstimmung seiner Anträge.

Auf Antrag des Stadtverordneten Michael Hahn wird die Sitzung unterbrocht Stadtverordnetenvorsteher Rolf Lamade die Sitzung und beruft den Ältestenrat ein.

Nach der Sitzungsunterbrechung trägt Stadtverordneter Michael Hahn vor, dass es die Details zu den Gehaltszahlungen und die Aussagen vom Bürgermeister „wer bekommt wieviel“ waren, die ihn veranlasst haben, die Sitzungsunterbrechung zu beantragen. Bevor er zu dem im „Ältestenrat besprochenen Kompromiss kommt trägt er die Sichtweise der CDU-Fraktion zum Stellenplan und Widerspruch des Bürgermeisters vor.

Für die CDU-Fraktion konnte der Bürgermeister weder in seiner schriftlichen Begründung noch in der Erörterung im Haupt- und Finanzausschuss nachvollziehbar darlegen, dass das Wohl der Stadt gefährdet sein soll. Der Stellenplanbeschluss gefährdete weder die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt, ganz im Gegenteil, es konnten eher Einsparungen realisiert werden, noch richten sich diese Beschlüsse gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Niddatal. Kein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung hat dazu geführt, dass ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin in 2015 schlechter gestellt wird als in 2014. Die Kritik der CDU-Fraktion richtet sich nicht gegen die Mitarbeiter in den Kitas, Bauhof und Verwaltung, sie richtet sich einzig und allein gegen den Bürgermeister und die Dienststellenleitung.

In seiner Stellungnahme geht Stadtverordnete Michael Hahn schwerpunktmäßig auf einzelne Bereiche ein und stellt in Aussicht, dass die CDU einer Doppelbesetzung bei der Büchereistelle und der Kassenleiterstelle bis zu jeweils einem Monat zustimmen wird.

Sollten wir hier jedoch, so führt Herr Hahn weiter aus, durch alle Maßnahmen und die Tätigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung der Stadt schneller Licht am Ende des Tunnels sehen und wir mit den Jahresabschlüssen Haushalte wieder genehmigungsfähig bekommen und wir wieder selbst finanziell agieren und nicht nur notnagelmäßig reagieren können ist die finanzielle Besserstellung aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt Niddatal als Honoration für das Geleistete die Prämisse der CDU-Fraktion.

Für Stadtverordneten Dieter Eisenberg ist die ganze Diskussion überflüssig und demütigend. Aus seiner Sicht hätte dies anders laufen können wenn der Magistrat sich der Hilfe Externen bedient hätte und verweist auf die Profis von der KGSt.

Stadtverordnetenvorsteher Rolf Lamade lässt sodann über die einzelnen Punkte, wie im Ältestenrat besprochen, abstimmen:

Finanzverwaltung:

Umwandlung einer EG 6 Stelle nach EG 8 und Ausweisung als Vollzeitstelle

Abstimmung: 8 Ja 15 Nein - Enthaltung

Ausweisung einer EG 6 Stelle, befristet für 2 Jahre

Abstimmung: 8 Ja 15 Nein - Enthaltung

Umwandlung der Kassenleiterstelle von EG 8 nach EG 9

Abstimmung: 8 Ja 15 Nein - Enthaltung

Doppelbesetzung der Kassenleiterstelle ab 1.9.2015

Abstimmung: einstimmig

Ordnungsangelegenheiten:

Bereitstellung der Personalkosten für Mehrstunden (25 Wochenstunden)

Abstimmung: 22 Ja 1 Nein - Enthaltung

Höhergruppierung von EG 6 nach EG 8

Abstimmung: 8 Ja 15 Nein - Enthaltung

Bürgerbüro:

Wegfall einer 0,6 Stelle (EG 6) und Anhebung von 2,7 Stellen von EG 6 nach EG 8, entsprechende Anpassung der Personalkosten im Haushalt
 Abstimmung: 7 Ja 14 Nein 1 Enthaltung

Bauverwaltung:

Verschiebung der EG 8 Stelle von der Finanzverwaltung nach der Bauverwaltung
 Abstimmung: einstimmig

Anhebung der Stelle von EG 8 nach EG 9
 Abstimmung: 8 Ja 15 Nein - Enthaltung

Bauhof:

Bereitstellung der Personalkosten nach EG 9
 Abstimmung: 8 Ja 15 Nein - Enthaltung

Aufhebung der Stellenbesetzungssperre für 1 Stelle ab dem 1.1.2016
 Abstimmung: einstimmig

Bücherei:

Bereitstellung der Personalkosten für 1 Monat Doppelbesetzung
 Abstimmung: einstimmig

Vor dem nächsten Tagesordnungspunkt wird die Sitzung für eine 10-minütige Pause unterbrochen

TOP 4: Flüchtlinge; Beratung und Beschlussfassungen
 a) Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen
 b) Vertrag mit dem Wetteraukreis
 (Bericht aus dem Haupt- und Finanz- und Bauausschuss)

Der Stadtverordnetenvorsteher Rolf Lamade trägt die Beschlussempfehlung aus dem Haupt- und Finanzausschuss vor der zusammen mit dem Bauausschuss am vergangenen Montag beraten hatte. Danach hatten sich die Ausschussmitglieder nach einer ausführlichen Diskussion darauf geeinigt, dass das vom Bürgermeister Dr. Hertel in komprimierter Form vorgestellte Konzept überfraktionell weiter beraten werden soll. Dafür ist ein Termin schon anberaumt worden. Die Ergebnisse sollen in einer gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit dem Bauausschuss beraten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen werden. Hinsichtlich des Punktes b gab es im Ausschuss eine Pattsituation. 5 Ausschussmitglieder stimmten für den Abschluss eines Vertrages mit dem Wetteraukreis, 5 dagegen. Somit liegt keine Beschlussempfehlung aus den Fachausschüssen vor.

Stadtverordneter Michael Hahn berichtet von der Beratung im Kreistag, dort ist eine Resolution der Bürgermeister diskutiert worden auf Gleichbehandlung aller Städte und Gemeinden. Die Zeitschiene ist dort, dass am 10.9. das Thema

im Haupt- und Finanzausschuss des Wetteraukreises beraten und anschließend in der September-Sitzung des Kreistages beschlossen werden soll.

Er sieht vor diesem Hintergrund keinen Handlungsbedarf und stellt den Antrag, den Punkt b „Vertrag mit dem Wetteraukreis“ in unseren Haupt- und Finanzausschuss zurück zu überweisen.

Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Überweisungsantrag abstimmen:

Die Abstimmung erfolgt einstimmig.

TOP 5: Breitbandversorgung in Niddatal
Beratung und Beschlussfassung
(Bericht aus dem Haupt- und Finanzausschuss)

Stadtverordneter Florian Porth übernimmt die Berichterstattung aus dem Haupt- und Finanzausschuss.

Danach wurden die beiden Punkte, die in der letzten STVV nicht beschlossen worden sind, vom Bürgermeister eingebracht und zur Abstimmung gestellt.

Diese waren:

5. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Zusammenarbeit mit der bigo entsprechend der durch die bigo vorgelegten „Beschlussempfehlung (siehe Anlage 4) für Gesellschafter bzw. Kommunen der Breitbandbeteiligungsgesellschaft Wetteraukreis GmbH (BBW)“ vom 13.05.2015.

6. Der Beschluss unter 5 steht unter dem Vorbehalt, dass die Aufsichtsbehörde die erforderliche Genehmigung zur Kooperation mit dem Main-Kinzig-Kreis versagt oder diese aus anderen Gründen nicht zustande kommt, und dass sie auf Antrag die benötigten Mittel in Höhe von 135.433,76 € zur Erhöhung der Stammkapitaleinlage bei BBW freigibt.

Bei 5 Gegenstimmen und 2 Ja-Stimmen ist es zu keiner Beschlussempfehlung gekommen.

Bürgermeister Dr. Hertel plädiert mit Verweis auf den regen Schriftwechsel mit der Kommunalaufsicht auf eine Beschlussfassung, die es ermöglicht die Option BIGO zu ziehen, sollte die Kommunalaufsicht die für die BMK nötigen 250 T€ nicht genehmigen. In diesem Zusammenhang verweist er auf den 27.7.2015 als Erklärungs-deadline gegenüber der BIGO und auf einen weiteren Termin zu einem klärenden Gespräch mit der Kommunalaufsicht bei dem Regierungspräsidium Darmstadt.

Der Bürgermeister bleibt nach alledem dabei, dass über die beiden Punkte (5+6) abgestimmt werden soll.

Stadtverordneter Markus Nikleniewicz plädiert dafür, die Breitbandversorgung von Niddatal mit BMKK durch zu ziehen, auch auf die Gefahr hin, dass der Landrat die dafür benötigten 250.000 € nicht genehmigen wird.

Stadtverordneter Andreas Momberger stellt noch einmal die beiden Alternativen gegenüber. Die Breitbandversorgung mit dem MKK, verbunden mit einem hohen Risiko, dass die Gelder nicht freigegeben werden oder die aus Sicht der SPD-Fraktion sichere Variante mit der BIGO.

Die SPD-Fraktion wird sich für den sicheren Weg entscheiden und stimmt für den Antrag des Bürgermeisters.

Stadtverordneter Dieter Eisenberg zeigt sich mit Blick auf den Schriftwechsel mit der Kommunalaufsicht enttäuscht, dass man hier mit allen juristischen Glasperlenspielchen voll an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbei handelt. So könne man nicht mit einem so großen zukunftsweisenden Projekt umgehen, das wir doch alle, sowohl Kreis als auch Stadt, wollten. Für ihn zeichnet sich das Verfahren als Verhinderungsstrategie ab.

Stadtverordneter Michael Hahn trägt vor, dass die CDU-Fraktion dem Verhandlungsmandat, Bürgermeister Dr. Hertel und Erster Stadtrat Kurt Meisinger, bei dem Gespräch bei dem RP Darmstadt ein klares Mandat mitgeben das das heißt: „Wir wollen für Niddatal schneller schnelleres Internet! – und das heißt für uns mit dem MKK, der bewiesen hat, dass es funktioniert.“ Zu den höheren Kosten differenziert Herr Hahn zwischen dem Ergebnishaushalt für die Abschreibungen, der größte Geldbetrag, die Investition, schlägt sich jedoch im Finanzhaushalt nieder, der bekanntlich keine Probleme mit der Co-Finanzierung macht.

Abschließend stellt Stadtverordneter Michael Hahn folgenden Antrag:
„Die Stadt Niddatal kündigt die Mitgliedschaft bei der BIGO.“

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Antrag abstimmen:

Für den Antrag:	11
Gegen den Antrag:	10
Enthaltungen:	2

Somit ist der weitergehende Antrag beschlossen und der ursprüngliche Antrag vom Bürgermeister kommt nicht zur Abstimmung.

- TOP 6: Bebauungsplan B 5 "Westlich der Ortslage", Niddatal, Stadtteil Bönstadt,
 3. Änderung:
 a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3
 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2)
 BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Beschlussfassung
 hierzu
 b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB
 (Vorlage-Nr.: 41/2015 und Bericht aus dem Ausschuss für Stadtplanung,
 Umwelt und Bauwesen)

Stadtverordnetenvorsteher Rolf Lamade verweist auf die Vorlage und teilt die Beschlussempfehlung des Bauausschusses mit.

Danach gab es bei einer Enthaltung und 9 Zustimmungen für beide Punkte jeweils eine Beschlussempfehlung.

Nach kurzer Diskussion lässt Stadtverordnetenvorsteher Rolf Lamade über den Beschlusstext zu Punkt a abstimmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Kenntnis und stimmt den Beschlussvorschlägen zu.“

Für die Beschlussvorlage: 22
Gegen die Beschlussvorlage: 0
Enthaltungen: 1

Die Abstimmung zu Pkt. b zeigt folgendes Ergebnis:

„Die sich aus der Beschlussfassung zu a) ergebenden Änderungen sind in den Bebauungsplan aufzunehmen und Bestandteil desselben.

Der so ergänzte Bebauungsplan B 5 "Westlich der Ortslage", Niddatal, Stadtteil Bönstadt, 3. Änderung, wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.

Der Magistrat wird beauftragt diesen Beschluss gemäß § 10 (3) BauGB bekannt zu machen.“

Für die Beschlussvorlage: 22
Gegen die Beschlussvorlage: 0
Enthaltungen: 1

TOP 7: Gewerbegebiet I 9 "Am Schinderweg", 1. Erweiterung, Stadtteil Ilbenstadt:
Verkauf von Baugrundstücken
(Vorlage-Nr.: 42/2015)

Stadtverordnetenvorsteher Rolf Lamade lässt nach Beantwortung einer Verständnisfrage durch Bürgermeister Dr. Hertel über den folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung akzeptiert die Kaufpreisangebote in Höhe von 120 EUR/ m² und beauftragt die Hessische Landgesellschaft die noch zu vermessenden Teilflächen des Grundstücks Gemarkung Ilbenstadt, Flur 10, Flurstück 198, an die Firmen Jörg Walter GmbH & Co. KG, Am Krautgarten 41 A, 61194 Niddatal, und Unterstab/Wehner, Friedberger Straße 13, 61194 Niddatal, zu verkaufen. Außer dem Kaufpreis haben die Käufer die durch den Abschluss der Kaufverträge anfallenden Notar- und Gerichtsgebühren sowie die Grunderwerbssteuer zu zahlen.“

Für die Beschlussvorlage: 21
Gegen die Beschlussvorlage: 0
Enthaltungen: 2

TOP 8: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Feldwegesatzung für Niddatal
(Vorlage-Nr.: 43/2015)

Stadtverordneter Markus Nikleniewicz begründet den Antrag dahingehend, dass durch die immer schwerer werdenden Maschinen und Fahrzeuge die Feld- und Fahrwege immer stärker belastet und abgenutzt werden. Durch eine solche Satzung sollen zukünftige Nutzungen, besonders bei Beschädigungen durch Pflügen, die Kosten der Wiederherstellung seitens der Stadt reduziert werden. Er beantragt die Überweisung dieses Antrages in den Haupt und Finanzausschuss zur weiteren Beratung.

Für die Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss:	21
Gegen die Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss:	1
Enthaltung:	1

Stadtverordneter Markus Nikleniewicz merkt an, dass er jedem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und Magistratsmitglied seine Satzungsmuster zur Verfügung stellt.

TOP 9: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Neue Brücken in Assenheim – Anbringung eines Sperrvermerkes
(Vorlage-Nr.: 44/2015)

Stadtverordneter Dieter Eisenberg trägt vor, dass z.Zt. zwei Brücken in Assenheim abgängig sind und ersetzt werden müssen. Sie entsprechen nicht mehr heutigen Vorschriften für behindertengerechte Fuß- und Radwege. Damit das Parlament Kenntnis von den Planungen bekommt soll dieser Sperrvermerk angebracht werden der durch die Stadtverordnetenversammlung zu lösen ist.

Unabhängig wie die Diskussion ausgeht beantragt Herr Eisenberg die Überweisung in den Bauausschuss.

Stadtverordneter Florian Porth äußert Bedenken, einen Sperrvermerk an einen Haushaltstitel der Vorjahre anzubringen.

Bürgermeister Dr. Hertel verweist auf die schwierigen und langwierigen Abstimmungsgespräche, so dass die Baumaßnahme dann nicht in die Ferienzeit gelegt werden konnte. Das war nicht im Sinne des Magistrates, es ließ sich nicht anders bewerkstelligen. Auch interpretiert er die Hessische Gemeindeordnung so, dass die Stadtverordnetenversammlung in den Vorjahren die Mittel freigegeben hat und nun ist es Sache des Magistrates, diese Maßnahme durchzuführen. Er geht in seiner Stellungnahme auch auf die Gefälleproblematik ein. Darüber wurde intensiv mit den Planern gesprochen, aber ein Gefälle unter 6 % schaffen wir nicht ohne erhebliche kostenintensive Umbauten, wenn überhaupt, denn der Platz ist schlichtweg nicht vorhanden.

Die Behindertenbeauftragte der Stadt, Frau Sistenich, beurteilt die Thematik so, dass aus Sicht einer Betroffenen die 6 % Steigung zu steil sind um alleine über die Brücke zu kommen. Sie selbst hat keine Lösung, plädiert dafür, die Planungen im Bauausschuss offen zu legen.

Bürgermeister Dr. Hertel verweist darauf, dass in der letzten Bauausschusssitzung die Pläne mit Bemaßung per Beamer gezeigt worden sind, er kann aber auch den Stadtverordneten die Pläne bei Bedarf noch zumailen.
 Aus der weiteren Diskussion heraus zieht Stadtverordneter Dieter Eisenberg die Anbringung des Sperrvermerkes zurück und beantragt die **Überweisung in den Bauausschuss zur Offenlegung der Planungen.**

Für die Überweisung in den Bauausschuss:	13
Gegen die Überweisung in den Bauausschuss:	6
Enthaltung:	4

TOP 10: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 Planung für Behindertengerechten Neubau einer Bushaltestelle in
 Bönstadt
 (Vorlage-Nr.: 45/2015)

Stadtverordneter Markus Nikleniewicz verweist auf den vorliegenden Antrag. Die Grünen möchten gerne in Bönstadt an dem Platz, wo die Telefonzelle steht, also Ecke Assenheimer Straße / In den Helgengärten eine Bushaltestelle errichten um die Bushaltestelle weiter oben am „Puddingplatz“ entbehrlich zu machen. Dadurch kann der freie Platz besser vermarktet werden.
 Nach einer Diskussion stellt Stadtverordneter Dieter Eisenberg den Antrag auf **Überweisung in den Bauausschuss.**

Für die Überweisung in den Bauausschuss:	22
Gegen die Überweisung in den Bauausschuss:	1
Enthaltung:	-

Aufgrund der vorgeschrittenen Zeit (nach 23 Uhr) werden die nachfolgenden Punkte der Tagesordnung nicht mehr behandelt. Sie werden auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vertagt.

Stadtverordnetenvorsteher Rolf Lamade bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Lamade
 Stadtverordnetenvorsteher

Herrmann
 Schriftführer